

Zehn Diskussionsthesen zur Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber Polen und Russland¹

von Christoph Royen, Ebenhausen

- 1) Seit dem Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Gesellschafts- und Staatensystems ist die deutsche Ostpolitik eine *Russia first*-Politik geworden.
 - 2) Zwar bezeichnen deutsche Politiker gegenüber polnischen Partnern Deutschland gerne als „Anwalt“ Polens. Entsprechende Zusicherungen geben sie auch Partnern aus den anderen mitteleuropäischen Staaten des Visegráder Vierecks, des Baltikums oder Südosteuropas.
 - 3) Mit dieser beanspruchten Rolle ist es jedoch kaum vereinbar, wenn die deutsche Außenpolitik auf russische Interessen und Empfindlichkeiten Rücksicht nimmt, deren Ursache im Festhalten der Moskauer außenpolitischen Eliten an der Legitimität traditioneller Einflussphären und am Großmachtanspruch Russlands liegt.
 - 4) Besonders deutlich trat dieser innere Widerspruch zutage während der Debatten um die Öffnung der NATO nach Osten: Ohne die Wahrnehmung der Führungsrolle im Atlantischen Bündnis durch die USA wäre die Entscheidung der Allianz, Polen zusammen mit Tschechien und Ungarn aufzunehmen, wohl noch heute offen. Denn Deutschland scheute wie die anderen führenden NATO-Staaten Westeuropas davor zurück, die Moskauer Einwände klar zurückzuweisen.
 - 5) Diese Rücksicht auf den Moskauer Standpunkt zeigte sich erneut während der Bemühungen, Russland für die Intervention der NATO gegen Miloševićs Kosovo-Politik „in das gemeinsame Boot“ zu holen, sowie besonders eklatant während des zweiten russischen Krieges gegen Tschetschenien seit dem Spätsommer 1999. Das brutale, faktisch auf einen Genozid hinauslaufende Vorgehen Moskaus gegen die Zivilbevölkerung Tschetscheniens erfuhr zwar berechtigte Kritik nicht allein seitens der nur schwachen demokratischen Kräfte Russlands, sondern auch durch die ehemaligen Hauptopfer sowjetischer Expansionspolitik in Mitteleuropa, vor allem in Polen und im Baltikum sowie durch die Parlamentarische Versammlung des Europarats. Doch schoben die westeuropäischen Regierungen solche Kritik als störend beiseite, da man Russland nicht „isolieren“ dürfe. Dabei übersahen sie, dass die russische Außenpolitik eine derartige Rücksichtnahme heute ebenso wie zu sowjetischen Zeiten von vornherein in ihre Kalkulation einbezieht.
 - 6) Angesichts der Rolle der beiden größeren Nachbarn in der Geschichte Polens waren polnische Beobachter enttäuscht von dem Verhalten Deutschlands, zumal es die deutsche Politik auch bei verschiedenen, von Moskau provozierten oder hochgespielten Konflikten mit Warschau vorzog, öffentlich zu schweigen und intern sogar die polnische Seite zu kritisieren.
- Analoges gilt für die ständigen Versuche Moskaus, Estland und Lettland wegen der angeblichen Verletzungen der Menschenrechte der „russischsprachigen Minderheiten“ zu diskreditieren. Auch insoweit kann Moskau auf Verständnis in Berlin und anderen westeuropäischen Hauptstädten rechnen. Indessen hätte gerade Deutschland Anlass, sich der eigenen historischen Mitverantwortung für die Sowjetisierung der baltischen Staaten zu erinnern und daraus die gebotenen Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen.
- 7) Im Kern weist die deutsche Russlandpolitik seit 1992 durchgehend zwei fragwürdige Grundmuster auf:
 - a) Vorrang hat die Verhinderung der Rückkehr der Kommunisten an die Macht in Moskau. Sofern die Inhaber der Macht im Kreml das garantieren können, erhalten sie Unterstützung und gelten sogar als „Garanten für Demokratie und Reformen“, obwohl wesentliche Elemente eines demokratischen Rechts- und Sozialsystems nach wie vor in Russland fehlen oder erste Schritte bereits teilweise wieder rückgängig gemacht werden.
 - b) Zunehmend gilt es im wiedervereinigten Deutschland als normal, der „Real“politik als Attribut einer Großmacht den Vorzug zu geben vor den offenbar als „irreal“ betrachteten Verfassungsprinzipien der internationalen Wertordnung.
 - 8) Gleichzeitig ist auf die Versäumnisse der deutschen Polenpolitik hinzuweisen:
 - a) Die schon von ihren Gründungsvätern konzipierte Errichtung und Vollendung der Europäischen Integration verlangt die Osterweiterung der EU. Seit dem Eintritt in die konkrete Verhandlungsphase mehren sich indessen insbesondere in Deutschland Stimmen, die den Beitritt Polens wegen der damit verbundenen Kosten hinauszögern wollen. Die 1993 auf dem Kopenhagener Gipfel des Europäischen Rats definierten Voraussetzungen der vollen Übernahme des *acquis communautaire* sowie der Aufnahmefähigkeit der EU erweisen sich dabei zunehmend als Bremshebel. Angesichts der kontinuierlich sinkenden Zustimmung zur Osterweiterung in der Bevölkerung lassen bevorstehende Wahlen in Deutschland wie auch in anderen EU-Mitgliedsländern befürchten, dass dieser Bremshebel noch stärker betätigt werden wird.
 - b) Die fatale Hinterlassenschaft der preußischen, nationalsozialistischen und SED-Polenpolitik behindert

das Entstehen einer engen Nachbarschaft in der deutsch-polnischen Grenzregion. Die Standardformel deutscher Außenpolitik, das deutsch-polnische Verhältnis solle so eng und gut werden wie das deutsch-französische Verhältnis, bleibt daher so lange eine Leerformel, wie die inzwischen von Bonn nach Berlin umgezogene Bundesregierung die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft nicht zu ihrem energisch verfolgten Hauptziel macht.

c) Einstweilen hält man es jedoch in Warschau für ratsam, die Enttäuschungen über die deutsche Polenpolitik zu unterdrücken, um den deutschen „Anwalt“ nicht zu verärgern.

- 9) Die vom *Deutschen Polen-Institut* in Darmstadt organisierte Begegnung deutscher Experten für Polen und für Russland mit ihren polnischen Kollegen bietet die Gelegenheit, einen fachspezifischen Aspekt zu diskutieren: Bis zum Untergang des sowjetischen Hegemonialsystems reichte es aus, um in der alten Bundesrepublik als „Ostexperte“ tätig zu sein, russische Quellen zu beziehen und auszuwerten. Heute genügt das offensichtlich nicht mehr. Dennoch tendieren in Deutschland die zahlreichen Russland-Experten nach wie vor dazu, sich über die ehemaligen kleineren Mitglieder der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“ und ihre Beziehungen zu Russland vorrangig aus Moskauer Quellen zu informieren. Ihr somit zwangsläufig einseitig geprägtes Urteil beeinflusst sodann wiederum die deutsche Ostpolitik. Besonders deutlich wurde dies während der bereits erwähnten Debatte um die NATO-Osterweiterung, als deutsche Diplomaten und ihre Berater darin übereinstimmten, man könne Russland dies nicht „zumuten“.

Demgegenüber würden die deutschen Polen-Fachleute sich hüten, aufgrund ihres Studiums polnischer Quellen Urteile über russische Politik auszusprechen, obwohl die Presse und die Fachliteratur Polens zu Russland eine beachtliche Breite und Tiefe aufweist. Hingegen bilden in Russland die Polen-Kenner nur eine sehr kleine Gruppe, die zudem dort kaum zu Wort kommt.

- 10) Es wäre daher lohnend zu überlegen, welche praktisch gangbaren Wege beschritten werden können, um die analytischen Kapazitäten Deutschlands und Polens auf dem Feld der Ostpolitik intensiver als bislang zusammenzuführen. Hierbei gibt immerhin die Tatsache Anlass zu Optimismus, dass anders als in vergangenen Jahrzehnten mittlerweile eine zunehmende Anzahl junger Deutscher sich gute Kenntnisse der mitteleuropäischen Nachbarländer, einschließlich ihrer Sprachen, erwirbt.

Dr. Christoph Royen war bis zum 31. Dezember 2000 wissenschaftlicher Referent in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isartal (das Institut ist zum Beginn des Jahres 2001 nach Berlin umgezogen).

¹ Der Originaltext wurde vorgetragen auf der Konferenz „Deutschland–Polen–Osteuropa: Fragen nach einer gemeinsamen europäischen Ostpolitik“, Darmstadt 29.–30. September 2000, und wird auf deutsch und auf polnisch zusammen mit den übrigen Materialien der Konferenz vom Deutschen Polen-Institut, Darmstadt, und vom Institut für Deutschland und Nordeuropa, Stettin, veröffentlicht. Siehe außerdem: Dziesiãe tez do dyskusji, in: Polska w Europie, Nr. 34, Dezember 2000, S. 113–116.

Haben Sie am Osteuropa-Institut studiert?

Dann tragen Sie sich doch in unsere **Alumni-Datenbank** ein!
Wir möchten den Kontakt zwischen Studierenden und Ehemaligen intensivieren,
um so ein **Netzwerk gegenseitiger Hilfe** zu schaffen.

Falls Sie Interesse haben, füllen Sie bitte das Formular auf der
OEI-Homepage <http://www.oei.fu-berlin.de>

aus oder melden Sie sich beim Osteuropa-Institut unter der folgenden Adresse:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsgemeinschaft OEI-Alumni
Kontakt: Marion Feldmann, Garystr. 55, 14195 Berlin
☐ 838-52074, Fax: 838-53788, e-Mail: oei@zedat.fu-berlin.de

Wir freuen uns auf Sie!